



AdR-Resolution „Die Stahlindustrie: Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa“

Über 160 Beschäftigte der Stahlindustrie nahmen an der Abstimmung teil



Im Rahmen der 118. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 15.06.2016 standen mehrere europäische Dossiers zur endgültigen Abstimmung auf der Tagesordnung, so auch die Stellungnahme „Die Stahlindustrie: Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa“.

Das saarländische AdR-Mitglied, Isolde Ries, Erste Vizepräsidentin des saarländischen Landtages (SPD), war Berichterstatterin. Anlässlich der Abstimmung haben drei prominente Gastredner an der Plenarsitzung teilgenommen:

- Elżbieta Bieńkowska, Kommissarin für den Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum sowie kleine und mittlere Unternehmen;
- Paul Magnette, Ministerpräsident der Region Wallonien sowie
- Édouard Martin, MdEP und Berichterstatter zum Thema „Entwicklung einer nachhaltigen europäischen Industrie der unedlen Metalle“, Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE).

Die polnische Kommissarin bekräftigte ihre Ansicht, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle in der europäischen Stahlkrise spielen würden. Dabei empfahl sie, sowohl die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) als auch die Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFIS) hierfür einzusetzen.

Der wallonische Premier Magnette erinnerte die Teilnehmenden daran, dass Wallonien einst ein wichtiger Player in der Schwerindustrie war, und nutzte seinen Gastbeitrag unter anderem dafür, die derzeitige Austeritätspolitik der EU zu kritisieren und für mehr Investitionen zu plädieren.

MdEP Martin, ehemals in der Stahlbranche tätig und Gewerkschafter (Confédération française démocratique du travail) begrüßte zusammen mit der Berichterstatterin Ries die über 160 angereisten deutschen Beschäftigten aus der Stahlindustrie, die der Debatte folgten.

Ries wies darauf hin, dass Europas Stahlindustrie schwer unter der Stahlkrise zu leiden habe, insbesondere durch die globale Überproduktion (452 Mil. Tonnen) und der Billigimporte aus außereuropäischen Drittländern vor allem China. Ohne wirksame Gegenmaßnahmen, so Ries, sei dies eine Bedrohung für den gesamten europäischen Stahlsektor, insbesondere wenn China im zweiten Halbjahr 2016 den Marktwirtschaftsstatus erhalten sollte.

Die AdR-Stellungnahme ruft zu fairem Wettbewerb in Europa gegen billigen und subventionierten Stahl auf. Es müssten somit bessere und raschere handelspolitische Schutzinstrumente der EU gegen Importe zu Dumpingpreisen aufgestellt werden. Zu den Kernforderungen der Stellungnahme gehört auch die Abschaffung der „Regel des niedrigen Zolls“, die die Höhe der Zölle beschränkt, die

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



auf Importe aus Drittländern erhoben werden können.

Zudem wird eine Reform des Emissionshandelssystems der EU gefordert: es bedürfe eines besseren Gleichgewichts zwischen der Verringerung der Treibhausgasemissionen und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen

Industrie. Ries erinnerte daran, dass eine Tonne europäischer Stahl weitaus weniger CO₂ als vergleichbarer asiatischer Stahl verursachen würde.

Die Stellungnahme wurde einstimmig von allen Mitgliedern des AdR angenommen.